

Workshop konnte dieser Themenkomplex nur angedacht werden, u.a. mit einer Darstellung städtischer Lebenserfahrung in Malaysia durch Jimmy Lim (Kuala Lumpur). Wie stadttökologisches Bewußtsein konkreten baulichen Ausdruck gewinnen kann, demonstrierten Jerzy Wojtowicz und Jeffrey Gillard (Vancouver/Kanada) am Beispiel der Shanghaier "Li-Long"-Wohnstrukturen.

Daß die von Stefan Fisch (München) präsentierte Stadterneuerung Straßburgs im späten 19. Jahrhundert heute noch aktuell ist, zeigten drei Fallbeispiele öffentlich gelenkter Stadtсанierung aus Melayu Jambi (Riyadi Yoedibroto, Bandung/Indonesien), Brunei Darussalem im Vergleich mit Penang (Lim Hooi Siang, Brunei Darussalem) sowie Yogyakarta (Laretna Adishakti, Kyoto/ Japan). Insbesondere der letzte Beitrag machte deutlich, welche Chancen und Risiken der Denkmalschutz für die Erhaltung lokalen Brauchtums zum Zwecke der Förderung von Tourismus und Gewerbe bieten kann.

Stadterhaltungsstrategien in der Praxis standen im Zentrum der Abschlußsitzung des Workshops. Die Entstehung des Denkmalschutzes moderner Prägung im Nachkriegsdeutschland und dessen Umsetzung in einem GTZ-unterstützten Projekt in Nepal zeigte die Vergleichsperspektive auf (Niels Gutschow, Baktapur Nepal). Beispiele aus Bandung (Johannes Widodo, Tokyo/ Japan) und Taiwan (Sun Chuan-Wen, Lu Yuan-Hua, Tainan) gaben Kriterien, die historische Bauwerke zum schützenswerten Denkmal machen.

Insgesamt wurde der interdisziplinäre Ansatz des Workshops als anregend empfunden, wenngleich, wie Arnold Körte (Darmstadt) abschließend feststellte, Antworten auf die Fragen nach dem jeweiligen Einfluß indigener oder kolonialer, respektive moderner westlicher Leitbilder auf die südostasiatische Stadt weiterhin ausstehen. Nicht von ungefähr wurde in der Abschlußdiskussion die Fragwürdigkeit eines einseitig westlichen Blicks auf die moderne Stadt thematisiert und die Eigengesetzlichkeit der Entwicklungen und Phänomene in der Region unterstrichen.

Weitere Workshops, die von der Projektgruppe geplant werden, sollen offene Fragen klären und die Kooperation mit den südostasiatischen Kollegen festigen. Ein Tagungsband, der neben der Veröffentlichung der einzelnen Beiträge auch die Workshop-Diskussionen dokumentieren soll, ist in Vorbereitung. Fragen und Anregungen zur Arbeit des Projektverbundes sind zu richten an: Prof. Arnold Körte, Fachbereich Architektur, Fachgebiet Planen und Bauen in Entwicklungsländern, Technische Hochschule Darmstadt, El Lissitzky-Str. 1, 64287 Darmstadt, Fax: 06151/163937.

Mai Lin Tjoa

**"Migration und Einwanderungspolitik in Europa und in der asiatisch-pazifischen Region". Auf dem Weg in eine interkulturelle Gesellschaft III**  
Loccum, 5.-7. Mai 1995

Migration stellt sich zum Ende des Jahrhunderts überall auf der Welt als wichtige innen- und außenpolitisches Streitthema dar. Die jeweiligen Diskussionen aber werden durch einen einengenden Blick verzerrt, der die Migration in der eigenen Region als einmalig begreift, statt nach den wechselseitigen Einflußfak-

toren dieser verschiedenen Wanderungsbewegungen und der innovativen Kraft zu fragen, die sich aus einem Vergleich für die je eigene Situation ergeben könnte. Gerade der Vergleich zwischen Europa und der asiatisch-pazifischen Region läßt durch die vielfältigen kulturellen und (dadurch bedingten) politischen Unterschiede einerseits und die Parallelen im Wirtschaftssystem andererseits einen für beide Seiten innovativen Austausch erwarten, der im besten Fall auch zu konkreten Handlungsperspektiven und einer Veränderung der Beziehungen zwischen diesen beiden Regionen führen sollte.

Es liegt in der Thematik selbst begründet, daß von hier aus auch der Blick auf das globale Ausmaß von Migrationsbewegungen, die Frage von Fluchtursachen und der gegenseitigen Bedingung verschiedener Fluchtbewegungen nötig ist, doch sollte dies nicht Hauptgegenstand der hier beschriebenen Tagung sein.

Auf dieser Tagung sollten Migrationsbewegungen exemplarisch dargestellt und miteinander verglichen werden, und zwar einmal innerhalb Europas und von anderen Regionen nach Europa und zum anderen in die ASEAN-Staaten (mit Australien). Besondere Beachtung sollten dabei die regional und kontextuell verschiedenen Grundlagen und Lösungsmodelle für die jeweilige Einwanderungspolitik finden, um so den Horizont nationaler bzw. regionaler Debatten zu erweitern.

In einem ersten Block wurde das Ausmaß heutiger Migrationsbewegungen in Europa und Asien dargestellt. Erste Vergleiche wurden gezogen. Herr Prof. Heckmann vom EFMS (Europäisches Institut für Migrationsstudien), Bamberg, definierte Migration als einen inner- und transnational verlaufenden Prozess der Veränderung des Lebensmittelpunktes. Ein Vergleich zwischen der Situation in Europa und der in der asiatisch-pazifischen Region sei bisher nur in recht ungenügendem Maße betrieben worden, da die Migrationsproblematik in Europa stark aus einer eurozentrischen Perspektive betrachtet wird. Eine der Hauptursachen für Migration sei sicherlich nach wie vor die zunehmende Globalisierung von Kommunikation und Verkehr, die eine Konfrontation mit und eine Kenntnis von konsumorientierten Lebensstilen des Westens bzw. Nordens dieser Welt überhaupt erst ermöglicht.

Im asiatischen Raum, so verdeutlichte Frau Dr. Wong, gibt es nur sehr unzureichendes Datenmaterial und bisher nur wenige verlässliche Erhebungen. Dennoch wird in der asiatisch-pazifischen Region von etwa 1,5 Millionen ausländischen ArbeitnehmerInnen ausgegangen. Malaysia ist hiervon und von den illegal eingewanderten ArbeitsmigrantInnen seit 1970 besonders betroffen. Auch in den Philippinen weicht die geschätzte Zahl von 1,4 Millionen ArbeitsmigrantInnen erheblich von den offiziellen Angaben (700 000) ab. Im Vergleich zur europäischen Situation besteht in Asien diesem Phänomen gegenüber eine relativ hohe Toleranz. In vielen Ländern wird Arbeitsmigration bewußt gefördert und untersucht. Tatsache ist, daß, historisch betrachtet, asiatische Gesellschaften viel eher an den konstruktiven Umgang mit Multikulturalität gewöhnt sind als europäische. Heute, so Frau Wong zusammenfassend, spielt jedenfalls die jeweilige regionale Migration innerhalb des politischen und ökonomischen Weltgefüges eine größere Rolle als alle internationale Migration. Migration wird aufgrund der kulturellen Geschichte weniger als Sache des Staates und mehr als soziale oder Stammesbewegung gesehen und, wie besonders im Falle der Arbeitsmigration, zur Steigerung des Bruttosozialproduktes gefördert.

Einige negative Aspekte der Förderung von Arbeitsimmigration unter ökonomischen Gesichtspunkten machte Herr Rev. Battistella vom Scalabrini Migration Center, Quezon City, in seinem Beitrag über die Philippinen deutlich. Hier wurde und wird versucht, den Verlust auswandernder Fachkräfte, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen durch eine gezielte Einwanderungspolitik auszugleichen, die besonders den hochqualifizierten ImmigrantInnen rechtliche und wirtschaftliche Erleichterungen zusichert. Die Arbeitslosen im eigenen Land erfahren eine solche Hilfe nicht. Deshalb werden nun in der Migrationsforschung und -politik einige Überlegungen angestellt, wie die Auswanderung von fachkompetenten BürgerInnen eingeschränkt oder zeitlich begrenzt und wie die im Ausland ausgebildeten Fachkräfte wieder zurück in die Philippinen geholt werden können. Ebenso geht es darum, nicht qualifizierte Arbeitskräfte im eigenen Land zu behalten und hier auszubilden und somit deren jahrelanges unqualifiziertes und unterbezahltes Arbeiten in bestimmten anderen Einwanderungsländern zu unterbinden. Das Problem ist die rechtliche und demokratische Regelung dieser Fragen angesichts der Tatsache, daß staatliche Politik und Diplomatie aufgegeben wurde zugunsten der regulativen Funktion des Marktes.

Der Vortrag von Frau Prof. Saskia Sassen vom Department of Urban Planning, Columbia University, nahm einige der im ersten Block entstandenen Fragen auf und gipfelte in der Forderung nach einer "Dekonstruktion von Staat und nationaler Migrationspolitik". Mit zunehmender ökonomischer Globalisierung nimmt die Signifikanz des jeweiligen Staates ab. Aber nicht die ökonomische Transnationalisierung als solche, wohl aber die im Sinne der Menschen- und sozialen Rechte kontrollierte führt letztlich zu einer Dekonstruktion des Nationalstaates mit seiner Abschließung gegenüber multikulturellen Elementen. So bieten etwa NAFTA oder GATT einen transnationalen Raum für Arbeitsorganisationen. Die internationale Migration bringt einen de facto Transnationalismus mit sich, der eines transnationalen Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsinstrumentariums bedarf, das auch die Graswurzelbewegungen in Rechnung setzt.

Herr Dr. Kee Pokong, der frühere Deputy Director des Bureau of Immigration and Population Research, Victoria, wies darauf hin, daß die Immigrationsfrage in Australien eine wirklich öffentliche Rolle zu spielen beginne, und führte aus, daß die Realisierung von Vorstellungen wie den von Frau Sassen vorgetragenen einer ausgebauten Interaktion der verschiedenen kulturellen Gemeinschaften bedürfe. Die Rolle der Einwanderungsgemeinschaft müsse gestärkt werden, etwa in Form der Sprachgesetzgebung. Eine Akzeptanz der eigenen Diasporarolle auf der anderen Seite, könnte helfen, ein Netzwerk aufzubauen zwischen verschiedenen Diasporagruppen und zwischen den Diasporagruppen derselben Ethnie untereinander und mit dem jeweiligen Mutterland.

Der Vortrag von Frau Dr. Christine Inglis, Director des Multicultural Centre, University of Sydney, war eine exemplarisch aus australischer Sicht gegebene Zusammenfassung der Frage nach dem Zusammenhang von Asyl- und Einwanderungspolitik. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Frau Dr. Wong bezeichnete Dr. Inglis Australien als "zweite Generation", als altes Einwanderungsland. Mit der Kolonisation Australiens wurde bereits 1750 ff. etwa den Aborigines gegenüber eine "protective policy" entwickelt, deren Ziel die Assimilation war. Auf der anderen Seite wurden auf administrativem Wege Fremde zur

Einwanderung ermuntert (Transportkosten und Land wurden staatlicherseits gewährt). Diese Einwanderungsförderung geschah bewußt selektiv, sowohl was die fachliche Qualifikation als auch was die ethnische/kulturelle Herkunft betraf. Briten waren deutlich bevorzugte Einwanderer. Mit der Entdeckung von Gold änderte sich die offizielle Politik hin zur Kontrollpolitik. Im Vordergrund stand jetzt das Ziel des wirtschaftlichen und demographischen Wachstums und des "nation building" aus verschiedenen ethnischen EinwanderlInnengruppen. Heute widersetzen sich besonders die Iren und die Deutschen einer solchen Integration bzw. Assimilation.

Das Bevölkerungswachstum wird nach wie vor auch zu Verteidigungszwecken gefördert. Daneben aber ist ebenso nach wie vor das ökonomische Wachstum ein vorrangiges Ziel. Einer von vier Australiern, so Dr. Inglis wurde in Übersee geboren bzw. ist das Kind eines nach dem Zweiten Weltkrieg Eingewanderten. Die Einwanderung wird von Körperschaften des Commonwealth behandelt, und zwar eher im Sinne der Administration (Visa etc...), weniger dem der Legislative (so auch Dr. Abella am Vorabend). Per Administration geregelt werden vornehmlich Einwanderungen zur Familienzusammenführung und aus ökonomischen Gründen, in geringerem Maße aus humanitären Gründen und aus Gründen der Flucht. Dabei spielen hauptsächlich drei Kategorien eine Rolle, nämlich a) LangzeitbesucherInnen, b) internationale Studierende und c) FacharbeiterInnen. Unter diesen machen wiederum AsiatInnen den größten Teil aus. Für das ökonomische Wachstums Australiens spielt wiederum der Tourismus die wichtigste Rolle. Deshalb kommen Asylsuchende zunächst als Feriengäste und versuchen dann, ihren Status zu ändern. Einige kommen ohne Visum, wie etwa die Boat people, werden in Sammellager gebracht und machen dann die sogenannten "Langzeitfälle" aus. Für die letztere Gruppe forderte Inglis eine größere Transparenz im Sinne diesbezüglicher UN-Anforderungen. Derzeit wächst die Spannung zwischen offizieller Kontrolle und der Förderung freier Einwanderungsmöglichkeiten. Die Art der Diaspora wandelt sich bei zunehmender Mobilität der betroffenen Gruppen, und die Frage etwa auch nach einer "britischen Diaspora" entsteht.

Herr Ministerialdirigent Dr. Holtschneider vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein verwies in seiner Reaktion auf diesen Vortrag darauf, daß in Deutschland von einem anderen sozialen, demographischen und historischen Kontext ausgegangen werden müsse; die Gesamtbevölkerung Australiens etwa sei ungefähr so hoch wie die Nordrhein-Westfalens. Die offizielle Position der derzeitigen Regierung ist die der Integration zu gewissen Konditionen, nahezu eine Assimilation also der auf Dauer in Deutschland lebenden. Die Angst vor Überfremdung und Fundamentalismus unterstützt und trägt diese Politik auch in der Bevölkerung. Herr Dr. van der Molen vom Dienstencentrum GKN, Leusden, berichtete von der Einwanderungspolitik der Niederlande. Auch die Niederlande definieren sich selber trotz inzwischen stetig wachsender Einwandererzahlen nach wie vor nicht als Einwanderungsland. Bis 1975 gab es nicht einmal ein Ausländerrecht.

Diese erste einführende Expertenkonferenz hatte bis zu diesem Zeitpunkt viele Gesichtspunkte erbracht, die zu einem innereuropäischen und innerasiatischen und auch inter-nationalen Vergleich herausfordern. Eine Bündelung dieser

ersten Fragen und Diskussionen sollte am Sonntagvormittag durch den Vortrag von Prof. Dr. Eric Schockmann, dem Direktor des Centre for Multiethnic and Transnational Studies, USC Los Angeles, geschehen und anschließend durch drei weitere Fallbeispiele noch einmal exemplarisch überprüft werden. Prof. Schockmann wies darauf hin, daß im noramerikanischen Kontext die Annäherung an Fragen von Migration staatszentriert sei. In den USA und mit der dortigen Euroamerikanisierung werden Menschen nach Religion, Geschlecht und Kultur und seit einiger Zeit auch wieder nach Rasse, Klasse und Ethnizität behandelt und für billige Arbeit und Strategien des Neokolonialismus ausgebeutet. Nie gab es in der Geschichte der USA einen wirklich dauerhaften Konsens über die Frage der Einwanderungspolitik. Was unternommen wurde, wurde als Reaktion (etwa die "melting pot theory") auf eine zunehmende faktische Pluralität hin unternommen.

Prof. Thränhardt vom Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster, zeichnete ähnliche Tendenzen in Japan nach, dem einzigen Industrieland, das nicht in der OECD-Gruppe für Einwanderung vertreten war, aber durch eine neue Einwanderungsgesetzgebung besonders im asiatischen Raum von sich reden macht. Dort soll aus den "deutschen Fehlern" gelernt, die Einwanderung besser kontrolliert und ein besseres Gastarbeiterprogramm erstellt werden. Nach dem Krieg wurde in Japan die Ideologie des "Nihonjinteki", des "typisch Japanischen" gefördert. Sogar in der akademischen Bevölkerung gibt es ein starkes Grundgefühl für die Homogenität des Landes. So ist Japan das einzige ehemalige Kolonialland, das seine Einwanderer nicht "naturalisiert" hat (etwa die 700 000 Koreaner und eine ältere chinesische Minderheit). Die Politik gegenüber Kindern aus Mischehen ist restriktiv, die doppelte Staatsbürgerschaft noch seltener als in Deutschland. Allerdings ist ein leichter Anstieg des Status alter Einwanderungsgruppen durch die neue Einwanderungswelle (Brasilianer/Peruaner) zu verzeichnen. Dem steht eine kleine Unterstützerszene gegenüber: Rechtsanwälte und Christen aus einer christlichen Minderheit von 0,8% der Gesamtbevölkerung.

Prof. Shamsul Baharuddin von der University Kebangsaan, Malaysia, sprach über "Menschen ohne Kultur und Geschichte", das Verhältnis von Staat, Arbeitgebern und Arbeitsmigranten in Malaysia. Er erinnerte daran, daß unter dem Motto "Teile und herrsche" das Prinzip der "Einheit in Verschiedenheit" schon während der Kolonialherrschaft bestand. Neben der Frage nach nationaler geht es hier vor allem auch um Fragen nach kultureller Identität. Malaysia etwa ist kein traditioneller Nationenstaat. Umso wichtiger ist die Frage, wie der Blick und die Politik des Staates die Haltung in der Migrationsfrage in Malaysia dominieren.

Herr Roger, AI Hannover, gab abschließend einige Beispiele für die Wirkungen des Schengener Abkommens seit seinem Inkrafttreten im März 1995. Er tat dies noch einmal vorrangig aus der Perspektive politisch Verfolgter mit wirklich schwerwiegenden Fluchtgründen, denen ein effektiver Zugang zu Schutzverfahren gewährt werden müsse. Er konstatierte einen immer größer werdenden Einfluß der Exekutive gegenüber Legislative und Jurisdiktion.

Am Ende der drei Tage wurde noch einmal die Verwobenheit von ökonomischen und kulturellen Aspekten in der Migrationsfrage deutlich. Die Fragen nach der Notwendigkeit einer Dekonstruktion von Nationalstaaten, nach zivilem

Ungehorsam und nach sozialen und Menschenrechten als Aufgabe der Zivilgesellschaft für eine gerechtere Behandlung der Migrationsfrage ließen als von allen geteilte Frage die nach Migration, internationaler Politik und Zivilgesellschaft deutlich werden.

Sybille Fritsch-Oppermann

#### Fourth International Symposium on Chinese Phonology and Thirteenth Annual Conference of the Association of Chinese Phonology

R.O.C Taipei, 20.-21. Mai 1995

Die seit 1983 jährlich an verschiedenen taiwanesischen Universitäten und Forschungsinstitutionen abgehaltene Konferenz über chinesische Phonologie fand dieses Jahr bereits zum vierten Mal in internationalem Rahmen statt. Austragungsort war das Konferenzzentrum der National Taiwan Normal University (NTNU) in Taipei, die derzeit hinsichtlich der Studentenzahlen über die größte Fakultät für chinesische Sprach- und Literaturwissenschaften auf Taiwan überhaupt verfügt. Das von ca. 170 Teilnehmern, d.h. praktisch sämtlichen Mitgliedern der taiwanesischen Association of Chinese Phonology (ACP-ROC), besuchte Symposium wurde gemeinschaftlich von der NTNU, dem Institute of History and Philology (IHP) der Academia Sinica (AS), der Pacific Cultural Foundation sowie der ACP-ROC organisiert, wobei die Hauptlast der hervorragend koordinierten Vorbereitungs und Betreuungsarbeiten bei den Professoren Yao Rong-song und Wu Shengxiong von der NTNU lag. Neben taiwanesischen Teilnehmern von fast allen bedeutenderen Universitäten der Inselrepublik befanden sich unter den einunddreißig zum Vortrag zugelassenen Teilnehmern auch dreizehn ausländische Phonologen aus Südkorea (4), der Volksrepublik China (2), den USA (2), Japan (2), Hongkong (1), Kanada (1) und Deutschland (1). Fast ebenso bedauerlich wie das weitgehende Fehlen europäischer Teilnehmer war die Tatsache, daß unter den Vortragenden lediglich vier Frauen vertreten waren, wengleich dieses Verhältnis bei den zahlreich anwesenden *graduates* schon ein wenig ausgeglichener erschien.

Hauptthema der zweitägigen Konferenz, die in Erinnerung an den im vorigen Jahr im Alter von achtzig Jahren verstorbenen Doyen der chinesischen historischen Sprachwissenschaft Zhou Fagao (Zifan) abgehalten wurde, war das sogenannte *chongniu*-(eigentl.: "Doppelknopfmarkierung"-)Problem, das in den Publikationen von Zhou und anderen Forschern seit dem Ende des letzten Jahrhunderts zwar immer wieder behandelt, aber nie zufriedenstellend gelöst worden ist. Es geht hierbei um die Frage, welche phonetische oder phonemische Distinktion sich hinter dem Phänomen verbirgt, daß in spätmittelalterlichen Reimtabellen mit "Rang"-Angabe (*dengyuntu*), die üblicherweise jedes Zeichen einem Ton, einer Anlautkategorie, einer Reimklasse, weiteren sekundären Artikulationskategorien und genau einer der sogenannten vier "Ränge" (*deng*) zuweisen, eine bestimmte Gruppe von Silbenpaaren auf die Ränge drei und vier aufgeteilt werden, d.h. sogenannte "Doppelhomophongruppen" bilden. Diese Silbenpaare weisen in frühmittelchinesischen Reimwörterbüchern (*yunshu*)